



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Bericht 30.06.2012

=====

„Das Geschäft mit dem Berliner Wasser, die Verträge und das Gemeinwohl“

Seminar zur Halbzeitbilanz des Sonderausschusses „Wasserverträge“ im Berliner Abgeordnetenhaus

Zu einem Seminar mit dem Agrar- und Aussenhandelsökonom Dr. Hermann Wollner hatte der Berliner Wassertisch am 28. Juni 2012 Abgeordnete und eine interessierte Öffentlichkeit ins Kaminzimmer der Berliner Humboldt-Universität geladen. Das Geschäft mit dem Berliner Wasser und die Gewinnabschöpfung durch RWE, Veolia und Senat, internationales Kapital, das Kommunaleigentum beherrscht, Wasserkosten, Geldabflüsse und Folgelasten, Bürgerrechte und Abgeordnetenpflichten waren Gegenstand der Veranstaltung.

666.000 Berlinerinnen und Berliner hatten im Februar 2011 mit dem Wasser- Volksentscheid ein Gesetz für die Offenlegung der Geheimverträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe verabschiedet und die Einrichtung des Sonderausschusses "Wasserverträge" im Berliner Abgeordnetenhaus erzwungen. Den Abgeordneten ist durch dieses Gesetz aufgegeben, alle Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden zu prüfen, »die den Haushalt Berlins auch hinsichtlich möglicher zukünftiger Folgen im weitest gehenden Sinne berühren könnten«, eingehend und öffentlich zu prüfen. Doch der Sonderausschuss "Wasserverträge", der im Januar 2012 seine Arbeit aufgenommen hat und aus 9 Abgeordneten aller Fraktionen besteht, ist weit davon entfernt, den Gesetzes-Auftrag der Berliner Bevölkerung umzusetzen.

Die Halbzeit-Bilanz ist ernüchternd: Die Sitzungen stellen sich als Blockade-Akt der Regierungskoalition dar. CDU und SPD, die im Jahr 1999 49,9 Prozent der Berliner Wasserbetriebe an die Konzerne RWE und VEOLIA verkauft hatten, haben naturgemäß kein Interesse daran, die Verstöße ihrer damaligen Koalition aufzudecken und die tragfähigen Vorlagen zur Rückabwicklung der Verträge aufzugreifen, die Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Recht und Vertreter des Bundeskartellamtes zur Anfechtung der rechtswidrigen Verträge im Sonderausschuss vorgelegt haben.

Nach 12 Jahren "Öffentlich-Privater Partnerschaft" (PPP) zwischen dem Land Berlin und den internationalen Konzernen VEOLIA und RWE sprechen die Realitäten ihre eigene Sprache: Hermann Wollner legte dar, dass seit der Teilprivatisierung das Wasser um 32% teurer geworden ist, der Personalbestand um 36 % verringert wurde und die verbliebenen, oft prekär Beschäftigten, aufgrund gesteigerter Produktivität auf Lohn „verzichten". Dass Aufgaben der Nachhaltigkeit wie Netzrehabilitation, Energieeffizienz und Reinigungsqualität nur unzureichend angegangen werden. Dass die BWB aus jedem Kubikmeter bewegten Wassers 46 Cent Gewinn „erwirtschaften", die Gewinne aber höchst ungleich verteilt sind, nämlich 62 % für die Privaten und nur 38 % für das Land Berlin als Mehrheitseigner.

Der Referent führte aus, dass die Berliner Wasserbetriebe ihren Besitzern im 12jährigen Durchschnitt eine Brutto-Umsatzrendite von 18% erbrachten. Das Land Berlin aber haftet für die Gewinne der privaten "Partner" und hat sich dabei seines Weisungsrechtes beraubt, denn die kaufmännische und betriebliche Führung liegt beim Minderheitseigner, den Konzernen. Die Bürger unterliegen dem Anschluß- und Benutzungszwang und damit der Tarifwillkür des Monopol-Versorgers. Folgekosten der "Rationalisierungen" und Effizienz-Verschleppungen (geschätzte 250 Mio €/Jahr) werden dem Land und dem Bund aufgebürdet.

Umfassend dargelegt wurde an diesem Abend, dass die Beteiligung privater Unternehmen an den Berliner Wasserbetrieben einen wesentlichen Bereich der Daseinsvorsorge dem öffentlichen Recht entzieht, deren Kosten durch exorbitante Gewinnaufschläge erhöht und diese Kosten ohne Beachtung sozialer Gebote umverteilt. Diese „Partnerschafts-Effekte" verstoßen gegen die guten Sitten (BGB) und gegen Verfassungsgebote. Die Abgeordneten haben die Pflicht, die

Einschätzung der wirtschaftlichen Ergebnisse und der sozialen Folgen zur Kenntnis zu nehmen und den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vor einer Erosion demokratischer Werte zu schützen.

Die "Beutegemeinschaft" des Berliner Senats mit den Konzernen VEOLIA und RWE, zum Schaden der Allgemeinheit geschlossen, muss umgehend ein Ende finden. Der Berliner Wassertisch wird weiterhin für eine Rückabwicklung der rechtswidrigen Verträge streiten, auch nachdem RWE und VEOLIA nun überstürzt ihren Rückzug aus den Berliner Wasserbetrieben angekündigt haben und durch einen Verkauf ihrer Anteile die ihnen vertraglich bis 2028 garantierten Gewinne in Höhe von ca.1.832 Millionen retten wollen. Der Berliner Wassertisch feiert, dass es 666.000 Berlinerinnen und Berlinern mit dem Wasser-Volksentscheid und der damit erzwungenen Offenlegung der Geheimverträge gelungen ist, RWE und Veolia zum Rückzug zu bringen, doch er wird alles dafür tun, dass es keinen übersteuerten Rückkauf ohne Aufklärung der sittenwidrigen Verträge geben wird.

Kontakt:

Ulrike von Wiesenau, Tel. (030) 781 46 04

<http://berliner-wassertisch.net>